

Schriftliche Kleine Anfrage

des Abgeordneten Erich Rumpel (SPD) vom 18. 07. 90

und Antwort des Senats

**Betr.: Transport, Umschlag und Lagerung von Kernbrennstoffen
im Hamburger Hafen**

Die Umweltbehörde hat vor einigen Wochen das von ihr in Auftrag gegebene „Gutachten zur Sicherheit von Kernbrennstofftransporten auf dem Gebiet der Freien und Hansestadt“ vorgelegt und dabei insbesondere auch auf die Risiken bei Atomtransporten im Hamburger Hafen hingewiesen. Es wird darin auch festgestellt, daß auch schon der unfallfreie Transport und der Umgang mit den Kernbrennstoffen zu einer Strahlenbelastung der Arbeitnehmer führen.

Ich frage den Senat:

- 1. In welchen Bereichen des Hamburger Hafens werden Kernbrennstoffe umgeschlagen und gelagert?*

Transport, Umschlag und transportbedingte Lagerung von Kernbrennstoffen im Hamburger Hafen bedürfen einer Genehmigung nach § 4 Atomgesetz. Diese Genehmigung wird für einzelne oder mehrere gleichartige Transporte vom Bundesamt für Strahlenschutz erteilt.

In der Genehmigung ist unter anderem festgelegt, wo der Transport geführt und die Versandstücke umgeschlagen oder zwischengelagert werden dürfen.

Derzeit liegen in Hamburg gültige Genehmigungen für den RoRo-Umschlag am Anleger Dradenau der HHLA (Finkenwerder Vorhafen) und für Umschlag und transportbedingte Zwischenlagerung beim Schuppen 48 der HHLA am O'Swaldkai vor.

- 2. Sind diese Orte den für die Sicherheit im Hafen verantwortlichen Behörden bekannt, und werden diese Bereiche regelmäßig überwacht?*

Ja.

Bei Transporten von Kernbrennstoff gemäß § 4 Atomgesetz hat der Genehmigungsinhaber entsprechend den Nebenbestimmungen zur Beförderungsgenehmigung die den Transport betreffenden Angaben 48 Stunden vorher anzumelden. Die Meldungen müssen u. a. den Transportweg, die Haltepunkte, die Zwischenaufenthalte und Zielorte enthalten.

Damit sind die Umschlag- und Bereitstellungsplätze den für die Sicherheit im Hamburger Hafen verantwortlichen Behörden bekannt.

Gemäß § 7 Absatz 5 Hafensicherheitsverordnung (HSVO) sind gefährliche Güter nach dem Bereitstellen und weiter mindestens einmal am Tage auf offensichtliche Mängel zu kontrollieren. In den Nebenbestimmungen der gültigen Beförderungsgenehmigungen für den Umschlag und die transportbedingte Zwischenlagerung im Hamburger Hafen ist darüber hinaus vorgeschrieben, daß der Aufenthaltsort der Versandstücke durch die Umschlaggesellschaft alle zwei bis drei Stunden zu kontrollieren ist.

Der Umschlag findet unter Aufsicht der Wasserschutzpolizei statt. Die Bereitstellungsorte werden in regelmäßigen Abständen durch Beamte der Wasserschutzpolizei, in der Regel Hafensicherheitsbeamte, kontrolliert. Die Umweltbehörde kontrolliert Umschlagvorgänge stichprobenweise.

1990 wurden bisher nur zwei Umschlagvorgänge von einzelnen Versandstücken mit Kernbrennstoffen (Uranhexafluorid) im Hamburger Hafen gemeldet.

3. *Werden die Arbeitnehmer, die diese Kernbrennstoffe transportieren und lagern, besonders über die notwendigen Verhaltensweisen informiert? Sind dafür gesonderte Lehrgänge vorgesehen?*

Wenn ja, wer veranstaltet die Lehrgänge?

Wenn nein, warum nicht?

Die am Umschlag bzw. der Bereitstellung von Kernbrennstoffen oder anderen radioaktiven Stoffen beteiligten Personen der HHLA werden durch die Strahlenschutzbeauftragten über die notwendigen Verhaltensweisen informiert. Unfallmerkbblätter werden als zusätzliche Informationsquelle herangezogen.

Gesonderte Schulungen dieser Mitarbeiter sind im Gegensatz zu den Strahlenschutzbeauftragten zur Zeit nicht vorgesehen. Im Rahmen der Ausbildung zur fachkundigen Person gemäß § 6 der HSVO werden alle Lademeister und Vorarbeiter allerdings auf die notwendigen Verhaltensweisen im Umgang mit radioaktiven Stoffen hingewiesen.

4. *Ist nach dem Vorliegen des Gutachtens sofort sichergestellt worden, daß der Mindestabstand bei der Lagerung und die Sicherheit beim Transportieren im Hamburger Hafen tatsächlich den Vorschriften entspricht?*

Wenn nein, warum nicht?

Ja.

Die Feststellungen im Gutachten zur Einhaltung des Mindestabstandes bei der Bereitstellung von Kernbrennstoffen wurden zum Anlaß genommen, die mit der Kontrolle beauftragten Beamten der Wasserschutzpolizei auf diese besondere Problematik hinzuweisen.

Die HHLA hat mitgeteilt, sie werde sicherstellen, daß bei der Zwischenlagerung von Kernbrennstoffen

- verschärfte Kontrollen bei der Einhaltung von Mindestabständen zu unverträglichen Gütern durchgeführt werden,
- das dem Lagerplatz nächste Rolltor weder von innen noch von außen durch Gegenstände verstellt ist.

Bei der Kontrolle eines der zwei 1990 durchgeführten Umschlagvorgänge mit Kernbrennstoffen im Schuppen 48 war festzustellen, daß die Vorschriften eingehalten wurden.

5. *Stimmt es, daß — wie im Gutachten ausgeführt — bei der HHLA nur geprüft wird, ob die sogenannte CSC-Plakette an den Containern vorhanden ist, und nicht, ob ihr Gültigkeitsdatum bereits abgelaufen ist?*

Wenn ja, welche Auflagen wurden erteilt?

Die HHLA überprüft generell, wie auch im Gutachten ausgeführt, lediglich das Vorhandensein, nicht jedoch die Gültigkeit der CSC-Plaketten.

Da alle Container mit Kernbrennstoffen generell durch die Wasserschutzpolizei kontrolliert werden, ist in diesen Fällen auch eine Prüfung der Gültigkeitsdauer der CSC-Plakette sichergestellt.

6. *In dem Gutachten wird auch ausgeführt, daß selbst der unfallfreie Transport von Kernbrennstoffen schon zu einer Strahlenbelastung der Arbeitnehmer führt.*

a) Was hat der Senat veranlaßt, um die Arbeitnehmer davor zu schützen?

b) Ist das von der Umweltbehörde für erforderlich gehaltene Überwachungsprogramm zur Messung der Strahlenbelastung vom Senat beschlossen worden?

Wenn ja, welche Behörde ist für die Umsetzung verantwortlich?

7. *Welche anderen Behörden in Hamburg außer der Umweltbehörde, die mit Kernbrennstofftransporten zu tun haben, wurden von diesem Gutachten unterrichtet, und in welcher Zeit soll nach Auffassung des Senates das Gutachten allgemein ausgewertet sein?*

Von den im Gutachten angesprochenen Fragen und Empfehlungen ist eine Vielzahl von Behörden und Institutionen betroffen. Deshalb wurde Anfang Juni

dem Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit,
dem Bundesminister für Verkehr,
dem Bundesamt für Strahlenschutz,
der Deutschen Bundesbahn,
der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales,
der Behörde für Inneres,
der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft

das Gutachten übersandt und um Stellungnahme, insbesondere zu den die dortigen Geschäftsbereiche betreffenden Fragen, möglichst bis zum 31. Juli 1990, gebeten.

Inzwischen wurde von einigen angeschriebenen Stellen um eine Terminverlängerung für die Abgabe der Stellungnahme gebeten.

Nach Auswertung des Gutachtens seitens aller beteiligten Stellen wird auch über die Durchführung eines Überwachungsprogramms zur Messung der Strahlenbelastung der betroffenen Arbeitnehmer zu entscheiden sein.

8. *In dem Gutachten wird der allgemeine Sicherheitsstandard des Hafens — der die Sicherheit von Umschlag und Lagerung von Kernbrennstoffen letztlich bestimmt — keineswegs als ungünstig bezeichnet; gleichzeitig wird aber auch darauf hingewiesen, daß die in den letzten Jahren vorgenommenen personellen Umstrukturierungen und Rationalisierungen zu fühlbaren Verschlechterungen beim allgemeinen Sicherheitsstandard führen können. Teilt der Senat diese Befürchtungen?*

Wenn ja, durch welche Maßnahmen will er dies verhindern?

Die Angaben des gesamten Gutachtens beziehen sich nur auf die Hamburger Hafen- und Lagerhaus-Aktiengesellschaft (HHLA). Über andere Unternehmen wurden keine Daten recherchiert.

Die HHLA schlägt im Rahmen ihres Geschäftsbetriebes alle Güter unter Beachtung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen um. Hierbei haben sich keine Anzeichen ergeben, die Anlaß zu der Vermutung geben könnten, die HHLA würde ihr Geschäftsgebahren nicht verantwortungsbewußt ausrichten.

Insofern hat der Senat keine Veranlassung, an der verantwortlichen Geschäftsführung durch die HHLA zu zweifeln.